

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
I. Teil: Hintergrund der OT- Mitgliedschaft	19
A. Einführung in die Problematik	19
I. Situation heute	19
II. Ziel und Gang der Untersuchung	20
B. „Historie“ der tarifpolitischen Lage bis zur Entstehung des TVG	21
I. Weimarer Republik.....	21
1. Tarifvertragsverordnung.....	21
2. Demobilmachungsverordnungen	22
3. Staatliche Zwangsschlichtung und gewollte Tarifunfähigkeit	22
4. Streit über die Zulässigkeit der „gewollten Tarifunfähigkeit“	24
5. Ablehnung der „gewollten Tarifunfähigkeit“ durch das RAG.....	25
II. Zusammenbruch des Tarifsystems.....	25
III. Überlegungen für eine neue Tarifvertragsordnung in der Besatzungszeit.....	26
C. Tarifvertragsgesetz vom 09.04.1949 und die weitere Entwicklung des TVG.....	27
D. Zwischenergebnis	27
E. Entwicklung der Flächentarifvertragsbindung seit Mitte der 1980er Jahre.....	28
F. Die Reaktion der Arbeitgeberverbände auf die zunehmenden Verbandsaustritte und die Entwicklung der OT- Mitgliedschaft seit 1990.....	31
I. Satzungsmäßige Gestaltungsvarianten einer tarifbindungsfreien Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband und ihre rechtliche Bewertung.....	31
1. Zulässigkeit der verbandsorganisatorischen Modelle.....	32
a) Parallelverbandsmodell	32
b) Aufspaltungsmodell	33
c) Zulässigkeit der verbandsorganisatorischen Modelle.....	34
2. Zulässigkeit der mitgliedschaftlichen Modelle.....	36
a) Förder- und Gastmitgliedschaft	37
b) Stufenmodell/ Mitgliedschaft OT	39

aa) Tarifzuständigkeit als Anknüpfungspunkt für eine zulässige Ausgestaltung der OT- Mitgliedschaft.....	41
(1) Entscheidung des Vierten Senates vom 23.02.2005	41
(2) Diskussion und eigene Stellungnahme.....	42
bb) § 3 Abs. 1 TVG als Anknüpfungspunkt für eine zulässige Ausgestaltung der OT- Mitgliedschaft.....	44
(1) Mitgliedschaftsbegriff.....	44
(a) Entscheidung des Ersten Senates vom 18.07.2006.....	45
(b) Stellungnahme zu der Rechtsansicht des Ersten Senates unter Würdigung der Literaturmeinung.....	46
(2) Tarifwilligkeit des Verbandes.....	49
(3) Unterwerfung unter die Normsetzung des Verbandes....	50
cc) Ergebnis.....	50
c) Fachgruppenmodell.....	51
aa) Fachgruppe mit Tarifbindung	52
bb) Fachgruppenmodell in der Spitzenorganisation	53
d) Ergebnis.....	56
3. Zusammenfassung der Ergebnisse bezüglich der Zulässigkeit tarifbindungsfreier Mitgliedschaften im Arbeitgeberverband.....	56
II. Zahlen und Daten zur Entwicklung der Tarifbindung in der deutschen Metallindustrie.....	57
III. Ergebnis	58
G. Zusammenfassung.....	58
2. Teil: Ausgestaltung des Stufenmodells	61
A. Kollektivrechtliche Ebene	62
I. Rechte und Pflichten des OT- Mitglieds innerhalb des Verbandes	62
1. Einschränkung der innerverbandlichen Abstimmungsrechte über tarifpolitische Themen.....	63
a) Vereinsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	63
b) Stellungnahme.....	64
2. Das OT- Mitglied als Vorstandsmitglied	67
3. Beiträge und Unterstützungsleistungen.....	68
a) Verstoß gegen den vereinsrechtlichen Gleichbehandlungs- grundsatz bei der Erhebung von Mitgliedsbeiträgen.....	68
b) Störung der Verhandlungsparität	70
aa) Auswirkungen der OT- Mitgliedschaft auf die Verhandlungsparität aus Sicht des BAG	71

bb) Störung der Verhandlungsparität aus Sicht der Literatur	71
cc) Eigene Ansicht.....	72
(1) Unterstützung der Vollmitglieder durch die OT- Mitglieder	73
(2) Unterstützung der OT- Mitglieder durch den Verband...	76
dd) Ergebnis.....	77
c) Zusammenfassung.....	78
4. Fazit	78
II. Keine Beherrschung des Verbands durch OT- Mitglieder.....	79
1. Literaturansicht zu den Folgen einer überwiegenden Anzahl von OT- Mitgliedern im Verband	79
2. Eigene Ansicht	80
a) Tariffähigkeit.....	80
b) Störung der Verhandlungsparität	83
3. Ergebnis.....	85
III. Wechsel zwischen den Mitgliedschaftsformen.....	86
1. Statuswechsel von der Voll- zur OT- Mitgliedschaft	86
a) Nachbindung gemäß § 3 Abs. 3 TVG	87
b) Nachwirkung gemäß § 4 Abs. 5 TVG.....	88
aa) Anwendbarkeit des § 4 Abs. 5 TVG auf den Fall des Verbandsaustritts.....	88
bb) Stellungnahme.....	89
cc) Ergebnis.....	92
c) Bestreikbarkeit eines übergewechselten Unternehmens	93
d) Wechselfristen.....	94
aa) Der kurzfristige Wechsel in Anlehnung an die Austrittsfrist	94
(1) Beendigungsfristen aus Sicht des BAG.....	94
(2) Wechselfristen aus Sicht des BAG	95
(3) Wechselfristen aus Sicht der Literatur	96
(4) Stellungnahme zur Übertragbarkeit der Fristenregelungen zur Beendigung der Verbandsmitgliedschaft auf den Statuswechsel	97
(5) Zulässigkeit eines „Blitzwechsels“	98
(6) „Blitzwechsel“ während laufender Tarifverhandlungen	98
(7) Ergebnis	100
bb) Maximalfrist.....	100
cc) Ergebnis.....	103
e) Wechsel entgegen einer Mitgliedschaftsgarantie.....	103

f) Verlust der Ämter	104
2. Statuswechsel von der OT- zur Vollmitgliedschaft	105
3. Schnelles Hin- und Her- Wechseln zwischen Voll- und OT- Mitgliedschaft	106
4. Ergebnis	106
IV. Auskunftserteilung über den Mitgliedsstatus im Arbeitgeberverband	107
1. Verpflichtung des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitnehmer	107
a) Auskunftspflicht aus § 8 TVG	108
b) § 3 S. 1 i. V. m. § 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 NachwG als Anspruchsgrundlage	109
aa) Neu in den Betrieb eintretende Arbeitnehmer	110
(1) Zeitpunkt des Einstellungsgespräches	110
(2) Beginn des Arbeitsverhältnisses	112
bb) Tarifgebundene Arbeitnehmer des Betriebes	112
(1) Nachbindungsphase gemäß § 3 Abs. 3 TVG	113
(2) Nachwirkungsphase und „andere Abmachungen“ i. S. d. § 4 Abs. 5 TVG	113
(a) Individualvereinbarung	114
(b) Betriebsvereinbarung	114
(c) Änderungskündigung	115
(3) Zwischenergebnis	116
cc) Tarifungebundene Arbeitnehmer des Betriebes	116
dd) Kein Ausschluss nach § 3 S. 2 NachwG	118
c) Ergebnis hinsichtlich der Auskunftspflichten des Arbeitgebers gegenüber den Arbeitnehmern des Betriebes	118
d) Selbständige Einklagbarkeit des Auskunftsanspruches	119
e) Verschwiegenheitspflicht des Arbeitnehmers über den Mitgliedsstatus des Arbeitgebers im Arbeitgeberverband	119
2. Verpflichtung des Arbeitgebers gegenüber dem Betriebsrat	120
a) Auskunftsanspruch aus § 80 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 S. 1 BetrVG..	120
b) Geheimhaltungspflicht des Betriebsrates über den Status des Arbeitgebers im Arbeitgeberverband	121
3. Verpflichtung des Arbeitgebers gegenüber dem Aufsichtsrat	122
a) Auskunftspflicht aus § 90 Abs. 1 Nr. 1 AktG	122
b) Schweigepflicht des Aufsichtsrates über den Mitgliedsstatus des Arbeitgebers im Arbeitgeberverband	123
4. Verpflichtung des Arbeitgebers gegenüber dem Wirtschaftsausschuss	123

5. Verpflichtung des Arbeitgebers gegenüber der für den Tarifvertragsschluss zuständigen Gewerkschaft.....	125
a) Eigener Auskunftsanspruch der Gewerkschaft	125
aa) Auskunftsanspruch aus § 675 Abs. 1 BGB.....	125
bb) Auskunftsanspruch aus dem Tarifvertrag in Verbindung mit §§ 675, 666 BGB	125
cc) Auskunftsanspruch aus dem Tarifvertrag in Verbindung mit § 242 BGB.....	126
dd) Auskunftsanspruch aus §§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1, 106 Abs. 2, Abs. 3 Nr. 10 BetrVG, § 90 Abs. 1 Nr. 1 AktG analog	128
b) Auskunftsanspruch der Gewerkschaftsmitglieder aus abgetretenem Recht der gewerkschaftsangehörigen Arbeitnehmer	128
c) Ergebnis.....	129
6. Verpflichtung des Arbeitgeberverbandes gegenüber der für einen Tarifabschluss zuständigen Gewerkschaft auf Auskunftserteilung über den Status des Arbeitgebers im Arbeitgeberverband	130
a) Anspruch aus dem Tarifvertrag in Verbindung mit §§ 675 Abs. 1, 666 BGB	130
b) Anspruch aus dem Tarifvertrag in Verbindung mit § 242 BGB	131
7. Auskunftsobliegenheit des Arbeitgebers gegenüber der Gewerkschaft unter Berücksichtigung der Rechtsprechung zur Außenseiterproblematik	132
a) Vorliegen einer Auskunftsobliegenheit nach dem Urteil des BAG vom 09.04.1991	132
b) Übertragbarkeit der Auskunftsobliegenheit des Außenseiters auf die OT- Mitgliedschaft.....	133
8. Auskunftsobliegenheit im Falle des kurzfristigen Statuswechsels während laufender Tarifverhandlungen.....	134
9. Ergebnis.....	134
V. Der Spitzenverband und die OT- Mitgliedschaft	135
1. Einführung einer OT- Mitgliedschaft im Regionalverband bei Wahrnehmung der tarifpolitischen Angelegenheiten durch eine Spitzenorganisation.....	135
a) Verband mit OT- Mitgliedern als Mitglied einer tariffähigen Spitzenorganisation.....	136

b) Verband mit OT- Mitgliedern als Mitglied in der Spitzenorganisation mit OT- Fachgruppe	137
aa) Beitritt.....	137
bb) Sitz und Stimme der OT- Mitglieder in der OT- Fachgruppe.....	138
c) Ergebnis.....	139
2. Die Einführung des Stufenmodells in der Spitzenorganisation.....	140
a) Tarifunfähiger Verband.....	140
b) Zwei- Verbände- Modell	140
c) Stufenmodell auf beiden Verbandsebenen.....	140
d) Verband mit Fachgruppe OT.....	141
e) Verband mit Fachgruppe Tarif	141
3. Ergebnis.....	142
VI. Ergebnis für die kollektivrechtliche Ebene.....	142
B. Individualarbeitsrechtliche Ebene.....	143
I. OT- Arbeitsvertrag und Tarifbindung.....	143
1. Unmittelbare Tarifbindung.....	143
2. Tarifbindung aufgrund von Bezugnahmeklauseln.....	144
a) Statische Bezugnahmeklausel.....	145
b) Dynamische Bezugnahmeklausel.....	145
aa) Bindungswirkung.....	145
bb) Entdynamisierung	147
c) AGB- Kontrolle nach §§ 305 ff. BGB	148
d) Unklarheitenregel nach § 305c Abs. 2 BGB	149
e) Inhaltskontrolle im Sinne des § 307 Abs. 3 BGB	149
aa) Transparenzkontrolle gemäß § 307 Abs. 1 S. 2 BGB	149
bb) Inhaltskontrolle im engeren Sinne	150
f) Ergebnis.....	152
3. Klauselbeispiel mit Option der Übernahme künftiger Tarifverträge	152
II. Ergebnis für die individualarbeitsvertragliche Ebene	153
C. Satzungsrechtliche Ebene.....	153
I. Satzungsklarheit	154
II. Rechtsfolgen unzulässiger Satzungs ausgestaltungen in Einzelfragen	155
1. Keine klare Trennung zwischen den Mitgliedsformen	155
a) Kein Ausschluss der Leistungspflichten	156
b) Unwirksamkeit des Beitritts.....	157
c) Keine Verbandstarifbindung.....	159

aa) Kein unanfechtbarer Rechtsfolgenirrtum	159
bb) Keine Tarifbindung über die Grundsätze der <i>“fehlerhaften Gesellschaft”</i>	160
cc) Keine Tarifbindung aus Rechtsschein	161
d) Ergebnis.....	162
2. Tarifzuständigkeit als Anknüpfungspunkt.....	163
3. Quotenregelung.....	164
4. Statuswechsel.....	164
a) Wechsel zu einer nicht wirksamen OT- Mitgliedschaft	164
b) Fristen.....	168
5. Stimmrecht in tarifpolitischen Angelegenheiten.....	168
6. Handhabe der unzureichenden Satzungsregelungen.....	169
7. Rechtsfolgen für getroffene Beschlüsse.....	170
III. Ergebnis für die satzungsrechtliche Ebene	174
D. Prozessrechtliche Ebene.....	175
I. Die Rechtsbesorgung durch den Arbeitgeberverband	175
1. Der Arbeitgeberverband als Rechtsberater.....	175
2. Prozessvertretung.....	176
a) Postulationsfähigkeit eines Verbandes ohne gestufte Mitgliedschaften.....	176
b) Postulationsfähigkeit eines Verbandes mit Stufenmodell	177
3. Ergebnis.....	178
II. Rechtsweg.....	178
E. Zusammenfassung.....	180
3. Teil: Ergebnis und Ausblick.....	181
A. Eigener Satzungsentwurf	181
B. Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse in Thesen.....	184
C. Ausblick.....	185
Literaturverzeichnis.....	189